

Ausgabe 01/2023 | www.youli.junge-liberale.de

YouLi

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen Hessen



**KLIMA ON
OUR MIND**

REDAKTION



FINN KÜHBERGER

Unser Chefredakteur Finn Kühberger ist 19 Jahre alt und Student der Rechtswissenschaft. Bei den Jungen Liberalen Main-Taunus ist er als stellvertretender Vorsitzender für Presse und Öffentlichkeit tätig. Ihr erreicht ihn unter FINN.KUEHBERGER@JULIS.DE



AJEET AHMAD

Ajeet Ahmad ist 20 Jahre alt und studiert Politikwissenschaft in Frankfurt. Er ist Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen Groß-Gerau und Stellv. Leiter des LAK GAS & Offene Gesellschaft. In der Redaktion ist Ajeet hauptsächlich für unser Online-YouLi verantwortlich. Pünktlich zu dieser Ausgabe konnten wir unsere Website überarbeiten und Euch "Klima on our mind" auch online zur Verfügung stellen. Schaut gerne mal auf YOULI.JUNGE-LIBERALE.DE vorbei.

- 3** VORWORT
- 4** BEWEGUNG IM RECYCLINGMARKT
- 6** VOM SINN UND UNSINN DES KLIMAAKTIVISMUS
- 8** GUT GEMEINT IST NOCH LANGE NICHT GUT GEMACHT
- 10** GRÜNER WASSERSTOFF
- 12** DEBATTENARENA: FRACKING
- 14** NEUES AUS DEM LANDTAG
- 18** FÜR EINEN LIBERALISMUS AUF BREITER BASIS
- 20** WHAT HAPPENED?
- 24** UNSERE LOKALHELDEN VOR ORT IN MITTELHESSEN
- 30** NEUES AUS DER LHG
- 32** BUVO-NEWS
- 34** AUF EINEN KAFFEE MIT RENÉ ROCK

LIEBE JUNGE LIBERALE HESSEN

der Schutz der Umwelt und des Klimas zählen zu den wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit. Dass der Klimawandel dramatische Auswirkungen auf unser Leben und vor allem auf die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen hat, ist unbestreitbar. Die Berechnungen des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) werden von Bericht zu Bericht düsterer und die errechneten Fristen überschlagen sich. Wir sehen, dass wir als Menschheit die Zeit nicht auf unserer Seite haben. Es steht fest: Wir müssen handeln! Gerade wir Liberale müssen dafür kämpfen, jene Lebensgrundlagen zu bewahren. Denn durch gegenwärtige Untätigkeit wird der Handlungsspielraum zukünftiger Generationen eingeschränkt und die Freiheit massiv bedroht.

Klimaschutz muss als eines der Kernziele der FDP und der Jungen Liberalen wahrgenommen werden und wir werden für liberale und vernünftige Klimaschutzmaßnahmen mehr denn je werben müssen. Wir werden unsere Partei in der Regierung stetig daran erinnern müssen, eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft weiter auszubauen. Und auch muss uns – in Anbetracht des anstehenden Wahljahres – klar sein, dass wir ohne vernünftige Klimakonzepte und eine fähige achtsame Klimapolitik keine Wahlen gewinnen können und werden.

Gleichzeitig ist es für uns JuLis unverzichtbar, Freiheit und Wohlstand der heutigen Gesellschaft weitestgehend zu bewahren. Wir müssen uns als Gesellschaft vor Augen führen, dass wirtschaftliche Prosperität und Klimaschutz keine

Gegensätze sind, sondern dass beides Hand in Hand gehen kann. Degrowth und weitere antikapitalistische und freiheits- sowie wohlstandsgefährdende Forderungen werden nicht mehrheits- und damit demokratiefähig sein. Stattdessen müssen wir die aktuellen Herausforderungen an Wissenschaft und Forschung aufgreifen und neue Technologien und Innovationen fördern, um unseren CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Erneuerbare Energien und Kernenergie statt Kohlekraftwerken, Elektroautos und E-Fuels statt Diesel. Es gibt unzählige Alternativen, unseren Konsum und unsere Lebensweise auf klimaneutrale Alternativen umzustellen, auch wenn wesentliche noch entdeckt werden müssen. Aber wir haben als Menschheit immer Lösungen gefunden. Und wie wir alle wissen: Probleme sind nur dornige Chancen. Also lasst uns die Arbeit gemeinsam anpacken und die besten Ideen für eine freie nachhaltige Welt finden.

Wir wünsche Euch viel Spaß beim Lesen unserer neuen Ausgabe.

Eure YouLi-Redaktion

BEWEGUNG IM

RECYCLING

MARKT

WIE INNOVATIVE TECHNOLOGIEN DIE BRANCHE VORANBRINGEN KÖNNEN

Recycling ist ein hochkomplexes Thema. So verschieden, wie unser Müll ist, der Verpackungen jeglicher Art, Batterien, Elektrogeräte, Textilabfälle oder auch organische Abfälle beinhalten kann, so verschieden sind auch die Ansätze dieses Problem zu lösen, um EU-Richtlinien einzuhalten. So sollen innerhalb der EU bis 2035 65% aller Siedlungsabfälle (umfasst Papier und Karton, Glas, Metall, Kunststoff, Biogut, Holz, Textilien, Verpackungen, Elektro- und Elektronikgeräte, Batterien und Akkus sowie Sperrmüll) recycelt werden. Außerdem müssen in der EU 2025 65% aller Verpackungsabfälle recycelt werden, 2030 sogar 70%. Darüber hinaus gibt es genaue Vorgaben für einzelne Verpackungsmaterialien. Bis 2025 müssen mindestens 50% der Kunststoff- und 75% der Papierverpackungsabfälle recycelt werden, schreibt eine EU-Richtlinie vor. Das deutsche Verpackungsgesetz gibt sogar noch strengere Ziele an. So müssen laut dem Gesetz bereits 2022 mindestens 63% der Kunststoff- und 85% der Papierverpackungen recycelt werden.

Wenn man diese Gesetze und Vorgaben einmal mit dem Status Quo abgleicht, sieht man schnell, dass es hier noch eine große Lücke zwischen Vorstellung und Realität gibt. Während die europäischen Recyclingquoten bei Altpapier bereits seit 2012 relativ konstant um die 71,4% liegen (EU Vorgabe: 75% aller Papierverpackungsabfälle

bis 2025), zeigen sich vor allem beim Recycling von Kunststoffverpackungen große Abweichungen zu den Zielen von verschiedenen Ländern, der EU und auch zu den Zielen der Unternehmen selbst. So kündigten Ferrero und Danone an, bis 2025 50% recyceltes PET in ihren verkauften Flaschen einzusetzen. 2020 lagen die Werte bei 0% (Ferrero) und knapp unter 20% (Danone). Auch die Vorgaben der EU scheitern bislang. So wurden 2018 lediglich 32,5% der europäischen Kunststoffabfälle recycelt (EU-Vorgabe: 50% der Kunststoffverpackungsabfälle bis 2025). Der Großteil des Kunststoffmülls wird bislang zur Energiegewinnung genutzt oder landet auf der Deponie, was im Durchschnitt mehr Emissionen emittiert als Recyclingverfahren.

Während also Papier, Glas oder auch Biomüll bislang sehr gut recycelt werden kann und die Quoten hierbei generell hoch sind, steigen die Recyclingquoten beim Kunststoffrecycling bislang kaum. Grund dafür sind vor allem die Kunststoffverpackungen. Gerade in der Lebensmittelbranche und im medizinischen Bereich gibt es sehr strenge Vorschriften an Verpackungen. So müssen diese beispielsweise gut isolieren und dürfen nicht durchlässig oder mehrschichtig sein.

Außerdem spielen Designfragen eine Rolle und Unternehmen möchten die Produkte ihren Kunden möglichst ansprechend präsentieren. In der Medizin ist die Verwendung alternativer

Materialien schwierig umsetzbar, da hier besonders hohe hygienische Ansprüche herrschen. All diese Anforderungen an Verpackungen führen dazu, dass es beim Recycling der Verpackungen problematisch wird. So können „Multilayer Plastics“ (mehrschichtige Verpackungen bestehend aus verschiedenen Kunststoffsorten), die eingesetzt werden, um beispielsweise flexible Verpackungen für Lebensmittel zu erhalten, in herkömmlichen mechanischen Recyclingverfahren nur schwer voneinander getrennt werden. Außerdem werden schwarze Kunststoffsorten von Lasersensoren in Sortieranlagen nicht erkannt und dadurch nicht oder falsch sortiert. Herkömmliche mechanische Recyclingverfahren mit ihren Sortieranlagen stoßen bei diesen Problemen an ihre Grenzen.

Wir sehen viele verschiedene Lösungsversuche und sehr viel Bewegung im Markt. In den nächsten Jahren werden wir daher noch einige Innovationen, neue Wettbewerbsdynamiken und aufsteigende Startups miterleben. Doch bevor man versucht, all diese Probleme über den Weg des Recyclings zu lösen, sollte vielleicht umgedacht und bereits bei der Müllentstehung angesetzt werden. Weniger Konsumieren, weniger Müll produzieren und Verpackungsdesigns vereinfachen, um mit aktuell bestehenden Technologien und der bestehenden Infrastruktur so viel Abfall wie möglich zu recyceln.

Um diese Probleme zu lösen, entstanden in den letzten Jahren neue Recyclingmethoden, die sich unter dem Begriff „Chemisches Recycling“ zusammenfassen lassen. Beim chemischen Recycling werden die Kunststoffe durch verschiedene chemische Vorgänge in ihre Grundbausteine aufgespalten. Dadurch lassen sich beispielsweise Multilayer Kunststoffe voneinander trennen und schwer verschmutzte Kunststoffe besser recyceln. Große Player wie Covestro und BASF arbeiten eng mit innovativen Startups zusammen und treiben chemische Recyclingtechnologien voran.

Jedoch besteht in diesem Bereich noch viel Forschungsbedarf bis zur Marktreife, während der Druck steigt, kostengünstige, marktreife Lösungen zu finden, in Hinblick auf die voranschreitende Erderwärmung und die ambitionierten Emissionsziele innerhalb der EU. Ein Ansatz, der die Sortierung von Kunststoffen erleichtern soll, ist das Holy Grail Projekt, bei dem digitale Wasserzeichen verwendet werden, um den Sortierprozess zu optimieren. Unter anderem Amazon, Procter & Gamble und Nestlé unterstützen das Projekt. Viele Startups und große internationale Konzerne investieren hohe Summen in Recyclingtechnologien.



Jan Leopoldseder (22)

Jan ist Student der Wirtschaftspsychologie.

Er interessiert sich vor allem für mentale und körperliche Gesundheit, Online Marketing und Nachhaltigkeit. Bei den Jungen Liberalen möchte er insbesondere dabei helfen, den Klimawandel durch technologische Innovationen und geschickte Marktregulierung zu bewältigen und echte Nachhaltigkeit in Startups und Konzernen zu verankern. Ihr erreicht ihn unter:

jan.leopoldseder@gmx.de

VOM SINN UND UNSINN DES KLIMAAKTIVISMUS

Klimaaktivismus ist zur Zeit in aller Munde. Vor Jahren mit Fridays For Future so richtig in Fahrt gekommen, verläuft mittlerweile kaum eine Woche ohne Schlagzeile zu Klimaaktivismus. Seien es Dörfer oder Bäume, an die man sich kettet, seien es Straßen an die man sich klebt oder Hörsäle, die man für besetzt erklärt. Klimaaktivismus in dieser Form ist laut, präsent und in aller Munde. Viele von uns halten diese Form des Aktivismus für schädigend, manch ein Radikaler mag auch von Terrorismus reden. Aber ist dieser Aktivismus wirklich unsinnig, ja gar schädlich?

Was ist Aktivismus überhaupt?

Karl Popper beschreibt Aktivismus als "Die Neigung zur Aktivität und die Abneigung gegen jegliche Haltung des passiven Hinnehmens". In der politikwissenschaftlichen Betrachtung unterscheidet sich der Aktivist von einem Politiker dadurch, dass er den Weg der direkten politischen Partizipation verweigert und auf informelle Art und Weise seine politischen Zielsetzungen verfolgt. Oder zu gut deutsch: Ein Aktivist versucht "über die Bande", durch eine große Öffentlichkeit, einen so hohen politischen Druck zu erzeugen, dass seine Ziele umgesetzt werden. Aktivismus kann als Einzelperson und in Gruppen vollzogen werden, (in-)formelle Zusammenschlüsse vieler Aktivisten werden auch als "Soziale Bewegung" bezeichnet. Ordentliche Zusammenschlüsse können sich auch zu Nichtregierungsorganisationen weiterentwickeln.

Klimaaktivismus sind also Handlungen, die dem Zweck dienen, Aufmerksamkeit für die vermeintliche Apokalypse zu erzeugen, auf die die Politik reagieren muss. Und um das vorweg zu nehmen: Um von Terror zu reden, muss eine systematische, gewalttätige und gezielte Verbreitung

von Angst und Schrecken vorliegen. Dieser Umstand scheint – zumindest bisher – nicht erfüllt zu sein, eine Radikalisierung bis hin zum Terror ist allerdings nicht auszuschließen. Sollte dies der Fall sein, ist die Schlussfolgerung, dass es sich bei allen dann unisono um Terroristen handelt, im Hinblick auf Schule-schwänzende-Pubertierende, ebenso abstrus, wie hinfällig. Aber nun zurück zur Ausgangsfrage: Ist dieser Aktivismus sinnvoll? In der Betrachtung der letzten Jahrzehnte deutscher Politik lässt sich nicht abstreiten: Klimaaktivismus war sehr erfolgreich. Der Atomausstieg, die Unterbietung der politischen Wettbewerber um das früheste Ausstiegsjahr aus fossilen Energieträgern, Aufmerksamkeit für Aktionen und Personen, sind nur einige Punkte, die maßgeblich durch Klimaaktivismus entstanden oder forciert wurden. Die genannten Beispiele haben allerdings eine Gemeinsamkeit:

Es wurden neue Politiken angestrebt oder umgesetzt. Hier war der Aktivismus erfolgreich, vor allem auch, weil er breite Bevölkerungsschichten erreichen konnte. Diese Punkte sind sicherlich nur im Hinblick auf die reale Umsetzbarkeit, den richtigen Zeitpunkt und die Verfügbarkeit innovativer Technologien diskutabel. Dass es aber sinnvolle

Ziele sind, ist nicht zu bestreiten. Im Umkehrschluss bedeutet diese Feststellung aber auch, dass die fundamentalen Ziele der Klimabewegung schon implementiert sind. Daraus folgt, dass jede weitere Form des Aktivismus, entweder radikalere Ziele, radikalere Vorgehensweisen oder die Verhinderung demokratischer Entscheidungen, wenn nicht alle drei, aufweisen wird. Damit sinkt nicht nur die Wahrscheinlichkeit des Erfolgs, denn je weniger Menschen die Ziele teilen, desto unwahrscheinlicher wird ihre Implementierung, damit wird sich der Blick der Öffentlichkeit auf die Radikalen fokussieren. Die zugrundeliegende Medienlogik sorgt dann dafür, dass gemäßigte Teile der Bewegung weniger Aufmerksamkeit erlangen und sie subjektiv vor der Wahl der Bedeutungslosigkeit und der Radikalisierung stehen. Mehr noch: Diese Logik wird in weiten Bevölkerungsschichten eine Verallgemeinerung der Bewegung hervorrufen. Unter denen, die noch dabei sind, wird das dafür sorgen, dass das "Wir-Gegen-Die-Gefühl" stärker wird, sinnstiftende Narrative entwickelt und sich weiter radikalisiert wird. Häufig weisen die daraus resultierenden Gruppen faschistoide Denkweisen - eben dass der Zweck jegliche Mittel heilige - auf und es lässt sich keine klare Organisationsstruktur erkennen.

Die Bewegung besteht aus vielen verschiedenen Gruppierungen, die sich lediglich hinsichtlich der Fülle ihrer Ziele und in der Radikalität der Umsetzung dieser unterscheiden. Diese Gruppen arbeiten nicht mehr auf ein Ziel hin, sondern kooperieren wechselseitig oder bezichtigen sich gegenseitig der Schädlichkeit für die eigenen Vorhaben. Diese Betrachtungen werden auf den Leser aktuell wirken und doch sind sie auf diese Weise schon dutzendfach abgelaufen. Die Folge dieser Wechselwirkungen ist eine Spirale der Radikalisierung, die in der Abkehr von demokratischen Prinzipien und der Anwendung von Gewalt, wie auch Strafta-

ten, zur Zielverfolgung mündet. Kurzum: Die Ausformung des Klimaaktivismus die wir heute erleben - sprich die Besetzung von Universitäten, das Blockieren von Straßen und Wäldern und die "Angriffe" auf Kunstwerke, durch immer neue gleichklingende und immer noch radikalere Gruppen - ist die Abkehr von der Sinnhaftigkeit. Er gibt sich der unüberwindlichen Spirale der Radikalisierung und Spaltung hin, er zelebriert sie gar und untermauert damit seine Verkommenheit. Und das tun seine Verfechter so weit, dass sie letztlich ihren eigenen Zielen schaden, Wasser auf die Mühlen ihrer politischen Gegner gießen und Mitstreitern einen Bärendienst erweisen. So ist es nicht verwunderlich, dass mit zunehmender Radikalisierung und Zersplitterung die Teilnahmen an Demonstrationen und so weiter rückläufig sind.

Der Klimaaktivismus hat sich selbst auf der linken Spur überholt. Und wenn mich jetzt jemand nach dem Sinn und Unsinn des Klimaktivismus fragte, so würde ich ihm entgegnen, dass er es in den letzten 5 Jahren vermochte, zu erst den Sinn der alten Bewegungen aufzugreifen und zu verstärken, nur um ihn daraufhin in Unsinn zu verklären und das alles in einer so hohen Geschwindigkeit, dass es ihm selbst nicht einmal aufgefallen ist.



Jan-Lukas Gescher (24)

ist Student der Politikwissenschaft & Soziologie, aktiv bei den Julis und der FDP in Gießen und Landesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen Hessen. Ihr erreicht ihn unter: jan-lukas.gescher@julis.de



**GUT GEMEINT
IST NOCH LANGE NICHT**

GUT GEMACHT

“
Ein 8k-TV hat eine vierfach höhere Pixeldichte und somit einen hohen Energieverbrauch als ein 4k-TV (200W/ 110W), da die Energieeffizienz aber in Energie/Zoll gemessen wird, müsste ein 8k-TV einen ähnlichen Energieverbrauch haben wie ein 4k-Fernseher, technisch ist dies derzeit nicht annähernd möglich.

DROHT 8K-FERNSEHERN DAS AUS?

Mit Energieeffizienzverordnungen versucht die EU Technik umweltfreundlicher zu gestalten. Doch damit schafft sie es, ganzen Produktkategorien den Garaus zumachen. Mit der EU-Verordnung 2019/2021 werden konkrete Anforderungen für eine umweltgerechtere Gestaltung von Fernsehern und Monitoren konkretisiert. Diese wurde auch mehrfach überarbeitet, dabei gab es für OLED-Displays großzügigere Grenzwerte und einige Displaytypen wurden ausgenommen. Doch Letzteres läuft im März 2023 aus. Das führt dazu, dass u.a. Displays mit 8k Auflösung die geforderten Standards nicht erreichen.

“
Dies wird dazu führen, dass es innerhalb der EU einstweilen keine 8k Fernseher mehr zu kaufen gibt. Bei Micro-LED-TVs ist es sogar noch schlimmer, diese sind noch nicht in wohnzimmertauglichen Größen erhältlich und dank der EU Verordnung wird es diese auch so schnell nicht geben

wird. Das Schlimmste dabei ist, dass gerade mal 200.000 8k-Fernseher und bloß 200 Micro-LED-Fernseher 2022 verkauft wurden, dies entspricht einem Marktanteil von 2%, der Effekt für das Klima wird sich damit wohl in Grenzen halten.

Die Verordnung ist noch nicht einmal auf neue Techniken wie HDR angepasst. Sie reicht nur bis zu Fernsehern mit 65 Zoll und auch die enorm gestiegenen Bildwiederholraten finden keinerlei Berücksichtigung. Der Gesetzgeber hält nicht mit dem technischen Fortschritt mit und bremst ihn damit aus. Zum Schaden der Kunden und der Wirtschaft. Und selbst wenn die EU bis März noch nachbessert, löst dies das Problem bis zur nächsten technischen Neuerung. Die Pflicht ab 2024 in aufladbare Geräte USB-C-Buchsen einzubauen, ist besser durchdacht, zumal hier der Effekt, der Müllvermeidung auch wesentlich höher ist, und die Idee auch bei Ladekabel einen Standard durchzusetzen nicht schlecht ist. Die EU schreibt nur die Anschlussform, also USB-C, und die Möglichkeit über diesen das Gerät aufzuladen, das sog. „Power Delivery“, vor und kein bestimmtes Protokoll, wie Thunderbolt oder USB 3.2. Aber hier tritt auch schon das erste Problem auf, denn bisher unterstützte USB-C nur 100W Power Delivery, das ändert sich zwar nun mit USB-C 2.1 das Laden bis 240W ermöglicht, wodurch auch Notebooks, mit ausreichend Strom versorgt werden können, allerdings sind dazu ältere USB-C-Kabel nicht in der Lage, sodass es wieder mehrere konkurrierende Ladekabel gibt, auch wenn diese nun gleich aussehen und abwärtskompatibel sind, was dennoch beim Kunden für Verwirrung und Irritation sorgen wird. Gleiches könnte bei den Übertragungsraten passieren, sollte der USB-C-Anschluss mal an seine technischen Grenzen kommen, wird das gleiche passieren wie bei den Fernsehern, entweder es kommt zu gar keiner großen Entwicklung, und falls doch, dann nicht in der EU.

Das größte Problem dabei ist, dass sich die Verordnung auch nicht einfach von einem auf den anderen Tag auf einen neuen Anschluss aktualisieren lässt. Denn man muss bedenken, dass die Etablierung von USB-C ein Jahrzehnt in Anspruch genommen hat und wenn sich die Hersteller hinter der Ladekabelverordnung verstecken können, wird die Etablierung eines neuen Anschlusses das nächste Mal wahrscheinlich noch länger brauchen. Um hier ein technisches Stocken zu verhindern, müsste jährlich, und nicht alle 3-5 Jahre, wie es die aktuelle Regelung vorsieht, von einem Expertengremium, an dem auch die entsprechenden Branchen maßgeblich beteiligt sind, beurteilt werden, ob ein neuer Anschluss als Alternative zu USB-C zugelassen wird, denn andernfalls wird kein Hersteller Geld in die Entwicklung neuer Standards investieren, da er von der langsamen Brüsseler Bürokratie abhängig wäre, wann er ihn großflächig verbauen kann.

Die EU sollte ihren Regulierungswahn zurückschrauben, wenn Europa bei technischer Entwicklung nicht abgehängt werden soll und es dem Kunden überlassen, ob er einen energieineffizienten Fernseher kaufen will, oder die höhere Stromrechnung in Kauf nimmt und dafür ein besseres Bild hat.

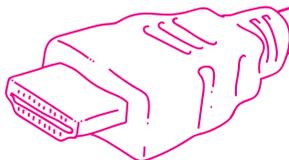


Julius Ulowetz (18)

ist Abiturient und Beisitzer im LaVo für die Bereiche Programmatik und Organisation.

Ihr erreicht ihn unter:

julius.ulowetz@julis.de





GRÜNER WASSER STOFF

EIN INTERVIEW MIT TILL MANNSMANN MdB

Welche Initiative müsste man laut der FDP im Hinblick auf den Klima- und Umweltschutz ergreifen?

Klima- und Umweltschutz gehen Hand in Hand. Nach wie vor müssen wir daher darauf setzen, endlich einen strikten CO₂-Deckel als zentrales Lenkungsinstrument multilateral mit unseren internationalen Partnern einzuführen. Darüber hinaus könnten wir durch Maßnahmen wie die Zulassung paraffinischer Kraftstoffe schnell die Emissionen unserer bestehenden Verbrennerflotte senken. Zudem müssen endlich wie in unserem Koalitionsvertrag vereinbart Genehmigungsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden. Ganz grundsätzlich gilt, dass wir technologieoffene Vorgaben machen müssen. Uns kann es egal sein, wie sie eingehalten werden. Das sollen Ingenieure entscheiden und nicht Politiker.

Was meinen Sie, was müsste man auf diesem Gebiet anders machen?

Die Bundesrepublik zeichnet sich u. a. durch ihre sehr hohen Umweltschutzstandards aus. Das ist gut so und daran wollen wir nichts ändern. Mit Blick auf darüber noch hinausgehende Verschärfungen müssen wir Fragen der Verhältnismäßigkeit und Effektivität berücksichtigen. Ansonsten riskieren wir Ausweichbewegungen in Regionen der Erde mit niedrigeren Standards. Effektivität bedeutet in diesem Zusammenhang, die bereits bestehenden Regelungen besser durchzusetzen. Wichtig ist, auch in Umweltschutzfragen endlich Schluss mit Symbolpolitik zu machen, wie wir sie vom deutschen Plastiktütenverbot kennen. Im Zentrum muss für uns stattdessen die Stärkung des Vollzugs stehen.

Wie können andere Länder (in Europa und weltweit) zu Umweltschutzinitiativen motiviert werden?

Viele Regelungen betreffend den Umwelt- und Klimaschutz werden aktuell auf EU-Ebene getroffen. Die EU-Kommission setzt dabei immer häufiger auf delegierte Rechtsakte und Verordnungen. Die nationalen Parlamente werden dadurch zunehmend aus dem Spiel genommen. Vor allem westeuropäische Länder – nicht zuletzt auch die Bundesrepublik – setzen sich dabei für ausgesprochen strenge Vorgaben ein. Dieses Ambitionsniveau ist löblich, nützt uns schlussendlich aber nichts, wenn wir die Realitäten und Kapazitäten unserer Partner ignorieren und überspannen. Es genügt nicht, wenn nur einzelne Staaten die hochgesteckten Ziele erreichen. Auch in diesem Kontext stellt sich ein Schadstoffdeckel, der in einen globalen Klimaclub eingebettet ist, als das Mittel der Wahl dar.

Wie können wir Julis ein effektives Zeichen für den Umweltschutz setzen?

Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes erfreuen sich aktuell großer Aufmerksamkeit. So wünschenswert das prinzipiell ist, so ungünstig – weil alarmistisch und einseitig – wird die Debatte leider manchmal geführt. Ihr JuLis seid programmatisch ganz anders aufgestellt. Ihr habt immer wieder betont, nicht ökologische und ökonomische Interessen gegeneinander ausspielen zu wollen. Ihr zeichnet Euch durch Technologieoffenheit aus und nehmt in diesem Sinne – im Gegensatz zu anderen Jugendorganisationen – konstruktiven Einfluss auf die Politik und unsere Fraktionen

in den Parlamenten. Bitte erhaltet Euch das. Gleichzeitig seid ihr mit dieser Einsicht wichtige Multiplikatoren insbesondere in der Generation, die am meisten von einem nachhaltigen Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen zu profitieren hat – und am meisten unter einem nicht-nachhaltigen Weiter-so leidet. Sprecht das Thema an, haltet den Druck aufrecht und zeigt in Eurer Kommunikation, dass das Thema Umwelt- und Klimaschutz eben nicht auf rücksichtslosen, einseitigen Alarmismus angewiesen ist!

Was halten Sie von der „Letzten Generation,“ die sich an Gegenstände klebt oder diese sogar beschädigt, um auf mangelnde Klimapolitik aufmerksam zu machen?

Die Klima-Kleber-Gruppe „Letzte Generation“ zeichnet sich durch rücksichtslosen Alarmismus aus. Zumindest versuchte Behinderungen der Arbeit des Bundestags, Angriffe auf Parteizentralen, Straßenblockaden und Ähnliches machen deutlich, wie wenig Respekt die selbsternannten Aktivisten gegenüber unserer liberalen Demokratie und der arbeitenden Bevölkerung dieses Landes haben. Das ärgert mich auch deshalb so sehr, weil das wichtige Anliegen effektiven Klima- und Umweltschutzes durch solche Aktionen diskreditiert wird. Trotzdem müssen wir keine langen Debatten über den Umgang mit diesen Vorfällen führen: Wo Gesetze gebrochen werden, müssen sie konsequent und fair geahndet werden. Das ist in unserem Rechtsstaat völlig klar. Wichtig ist, dass das jetzt für alle schnell sichtbar wird.

Welche Initiativen wurden seit der neuen Legislaturperiode ergriffen bezüglich des Umweltschutzes?

Bisher bleibt das – ironischerweise Grün-geführte– Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz hinter den Vereinbarungen zurück. Als Freie Demokraten im Bundestag erwarten wir, dass das Ministerium in diesem Jahr endlich unsere im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmen umsetzt.

Welche Rolle wird grüner Wasserstoff in der Zukunft spielen und welchen Einfluss hat dieser direkt auf den Klimaschutz?

Die Idee, unser Land autark mit erneuerbaren Energien zu versorgen, ist technologisch absurd und ökonomisch höchstgefährlich. Im Kontext einer globalen Wasserstoffwirtschaft ist Grüner Wasserstoff dagegen unsere Zukunfts-

energie für Industrie, Verkehr, unsere Wärme und für uns als Stromverbraucher. Mit ihm können wir unser Land sauber, sicher und selbstbestimmt mit Energie versorgen. Wasserstoff ermöglicht uns, Energie aus nachhaltigen Quellen wie Sonne und Wind in Zusammenarbeit mit Ländern zu gewinnen, die zuverlässig sind und unsere Werte teilen. Wie wichtig das ist, zeigt die aktuelle Weltlage uns momentan. Gleichzeitig bietet die Technologie uns die Chance, Deutschland endlich wieder zum industriellen Vorreiter auf einem wichtigen Zukunftsfeld zu machen. Im FDP-geführten Bundesministerium für Bildung und Forschung arbeiten wir deshalb intensiv daran, dass Wasserstoff-Technologie „Made in Germany“ zur Marke wird.



Till Mannsmann

ist Bundestagsabgeordneter und Innovationsbeauftragter „Grüner Wasserstoff“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Im Interview mit dem YouLi spricht er über die Möglichkeiten des Klimaschutzes in Deutschland, Perspektiven des Forschungsministeriums und die Rolle von Grünem Wasserstoff.



Fracking Pro

Fracking, oder Hydraulic Fracturing, ist ein Verfahren, um Erdöl

und Erdgas aus tiefen Schiefergestein-Formationen zu gewinnen. Dabei wird eine Mischung aus Wasser, Sand und Chemikalien unter hohem Druck in den Boden injiziert, um Risse oder Sprünge im Gestein zu erzeugen. Diese Risse erleichtern den Fluss von Gas oder Öl und ermöglichen somit eine leichtere Gewinnung.

Es gibt mehrere Vorteile, die das Fracking zu einer attraktiven Methode zur Gewinnung von Energieressourcen machen:

Erstens ermöglicht Fracking die Gewinnung von bisher unzugänglichen Öl- und Gasvorkommen. Schiefergesteine sind oft zu tief oder zu fest verpackt, um mit traditionellen Methoden gewonnen zu werden und daher schwer zugänglich. Fracking ermöglicht es Energieunternehmen, diese Ressourcen zu gewinnen, was dazu beitragen kann, die inländische Energieproduktion zu erhöhen und die Abhängigkeit von ausländischen Öl- und Gasquellen zu verringern.

Zweitens kann Fracking Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft in Gemeinden, in denen es stattfindet, stimulieren. Der Prozess erfordert eine große Anzahl von Arbeitern, einschließlich Ingenieuren, Geologen und Bohrtechnikern, um die Bohrlöcher zu entwickeln und aufrechtzuerhalten. Zusätzlich kann die erhöhte Energieproduktion zu niedrigeren Energiepreisen führen, was für Unternehmen und Verbraucher von Vorteil sein kann.

Drittens kann Erdgas, das durch Fracking gewonnen wurde, zu einer Reduzierung von Treibhausgasemissionen beitragen. Erdgas ist ein saubererer Brennstoff als Kohle und die erhöhte Produktion von Erdgas durch Fracking hat zu einem Rückgang

der Verwendung von Kohle zur Stromerzeugung in den USA beigetragen. Dies hat zur Folge, dass sich die Gesamtemissionen von Kohlenstoffdioxid im Land reduziert haben.

Insgesamt, obwohl es Bedenken über das Potenzial von Risiken und Auswirkungen von Fracking gibt, ist klar, dass der Prozess auch signifikante wirtschaftliche und energetische Vorteile bieten kann. Und nicht nur die USA „frackt“, auch Kanada praktiziert dies seit Jahrzehnten und erforscht die Folgen. Hier hat sich gezeigt, dass Unfälle selten sind und Fracking besser ist als sein Ruf. Deutschland sollte schleunigst Scheuklappen ablegen und dieser Technologie eine Chance geben, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und unabhängig von Energieimporten aus anderen Ländern zu werden.



Marius Schäfer (23)

Kandidat zur Landtagswahl 2023

Marius Schäfer ist Landesschatzmeister unseres Verbandes und leidenschaftlicher Kommunalpolitiker auf allen Ebenen. Zurzeit studiert er Wirtschaftswissenschaften.

Ihr erreicht ihn unter: marius.schaefer@julis.de

Fracking Contra

In der Bevölkerung gibt es eine große Ablehnung für die Fracking Methode, was ein offener Brief von 50 Umweltverbänden, Kirchengruppen und Bürgerinitiativen zeigt. Ein weiteres Beispiel ist ein Eil-Appell vom NABU, der sich für ein dauerhaftes Fracking-Verbot einsetzt. Dieser Eil-Appell hat 208.021 Unterschriften, was für sich spricht.

Verantwortlich für die meisten negativen Auswirkungen ist die Flüssigkeit, die verwendet wird, um das Gestein aufzubrechen. Der Inhalt der Flüssigkeit stellt das erste Problem dar, denn 17 der enthaltenen Chemikalien sind wassergefährdend und dazu noch weitere 38 Chemikalien toxisch für die menschliche Gesundheit. Beim Fracking bleibt ein Teil der chemischen Flüssigkeit tief im Untergrund zurück, aber mit einer geringeren Schadstoff-Konzentration. Hierbei stellen Biozide ein Problem dar, welche aber nötig sind, um Mikroorganismen nicht mitzuschleppen. Eine kurze Information über Biozide vom Bundesumweltministerium: „[Biozide] wirken zum Beispiel darüber, dass sie das Nervensystem lähmen oder die Vermehrungsfähigkeit von Schadorganismen beeinträchtigen. Das macht sie gleichzeitig auch potenziell gefährlich für Mensch und Umwelt.“ Besonders stark belastet ist das Rücklaufwasser, genannt Flowback. Diese Flüssigkeit muss wiederverwendet oder umweltgerecht entsorgt werden, was einen weiteren Kostenfaktor darstellt.

Die Grundwasserverschmutzung ist nicht nur teuer, sondern auch logisch gefährlich. Bei der Gewinnung gelangen Methangase in das Grundwasser und die bereits genannten Biozide. Die Reinigung von Grundwasser stellt zudem einen weiteren Kostenfaktor dar.

Fracking löste zudem schon Erdbeben aus, auch in Deutschland. 2015 löste das Aufbrechen des Gesteins mit hohem Druck ein Erdbeben mit einer Stärke von 4,6 in West-Kanada aus. Aber auch in Niedersachsen löste sehr wahrscheinlich Fracking seit 2012 mindestens 4 Erdbeben aus, wie die Bundesregierung 2015 bekannt gab.



Die Zeit reicht nicht aus, um hohe Standards einzuhalten. Es besteht zwar die Möglichkeit, eine Umsetzung in mehreren Monaten umzusetzen, aber diese schnelle Umsetzung hat einen hohen Preis, keine Umweltverträglichkeitsprüfungen und ein Minimum an Rechtsschutz, das vom Grundgesetz vorgeschrieben ist. Wenn private Unternehmen mit dem Fördern von Fracking anfangen würden, muss es sich für diese auch rentieren, was Zeit benötigt. Das wiederum würde die Energiewende verzögern. Beispiel für schnelle Genehmigungsverfahren ist das LNG-Terminal in Wilhelmshaven, diese schnelle Umsetzung war aber nur möglich, weil es keine einzige Klage dagegen gab.

Zum Schluss eine kurze Zusammenfassung. Fracking ist kurzfristig eine interessante Lösung, das Problem ist aber, dass es sich in kurzer Zeit nicht rechnet und zahlreiche negative Auswirkungen hat wie Erdbeben und die Verschmutzung des Grundwassers. Zum Schluss ein Zitat von Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung Energie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). "Fracking ist teuer, riskant, birgt enorme Umweltrisiken und schädigt das Klima."



Elias Philipp Herzog (14)

kommt aus Herringen im Kreis Hersfeld-Rotenburg und ist Schüler. Für den Kreisverband managt er den Instagram-Account. Er ist stellvertretender Leiter des LAK Digitalisierung und engagiert sich im Social-Media-Squad des Bundesverbandes. Ihr erreicht ihn unter: eliasherzog13@icould.de

NEUES AUS DEM LANDTAG

NUR MIT STARKEN

FREIEN DEMOKRATEN

WERDEN JUGENDLICHE IN UNSEREM LAND EINE

STIMME ERHALTEN

Liebe JuLis,

ich hoffe, ihr alle seid gut ins neue Jahr gestartet und seid bereit für einen spannenden Landtagswahlkampf.

Doch zunächst möchte ich mich für eure tolle Unterstützung im vergangenen Jahr bedanken. Viele von euch haben sich mit mir in Verbindung gesetzt und mir wertvolle Impulse für meine Arbeit mitgegeben. Solche Impulse sind für mich und die ganze Fraktion essenziell, und aus ihnen entstanden aus der Fraktion heraus viele kleine Anfragen, Redebeiträge im Plenum und sogar Gesetzentwürfe. Eurem starken Engagement wird es zu verdanken sein, dass auch das nächste Wahlprogramm der Freien Demokraten eine starke jungliberale Handschrift tragen wird.

Daher freue ich mich sehr, nun erneut als eure JuLi-Spitzenkandidatin bei der Landtagswahl antreten zu können. Besonders dankbar bin ich euch JuLis für eure großartige Unterstützung meiner Kandidatur beim Landesparteitag im Dezember. Trotz Gegenkandidat über 80 Prozent der Stimmen zu erhalten, ist ein tolles Ergebnis, und ich werde mit ganzer Kraft dafür kämpfen, diesem Vertrauen in mich gerecht zu werden.

Auch 2023 und darüber hinaus werde ich den Einsatz für eure Themen – die Themen junger Menschen – in den Mittelpunkt meiner politischen Arbeit stellen. Besonders wichtig ist mir dabei der Kampf für das Wahlrecht ab 16 Jahren und das demokratische Existenzminimum junger Menschen. Doch bevor wir uns über die Umsetzung einer Wahlrechtsreform Gedanken machen, müssen wir uns ein elementares Problem der derzeitigen Landesregierung vergegenwärtigen:



Ein realistischer Blick – Jugendliche sind keine Priorität der Landesregierung.

Blicken wir auf die vergangenen fünf Jahre zurück, fällt ein klares Muster der schwarz-grünen Koalition auf: Die Grünen formulieren eine politische Forderung – manchmal sinnvoll, manchmal nicht – und die CDU übt sich darin, mit aller Kraft jegliche Veränderung zu verhindern. Das Resultat ist in der Regel ein ideenloser Minimalkonsens ohne Glanz, der als großer Sieg des Fortschritts verkauft wird. Die Beratungen zum Doppelhaushalt haben dies erneut gezeigt. Dieses Muster führt bei den Grünen paradoxerweise zu einem wachsenden Wunschzettel politischer Forderungen, trotz Regierungsverantwortung.

Angenommen, es kommt nun zur selben Konstellation wie nach der Wahl 2018, und Schwarz-Grün hätte erneut eine knappe Mehrheit. In diesem Fall müssten die Grünen erneut hart um jede Forderung im Koalitionsvertrag kämpfen, die vom Status quo abweicht. In den letzten Koalitionsverhandlungen haben sie gezeigt, wie wichtig ihnen die Interessen junger Menschen sind: Bei der erstbesten Gelegenheit war das Thema von Tisch – da sind andere Projekte in ihren



Augen wohl einfach prestigereicher. Und so dürfte es auch in kommenden Verhandlungen sein. Jugendliche sind keine Priorität dieser Landesregierung! Weder an der Wahlurne noch in der Pandemie – Stichwort: mentale Gesundheit oder Maskenpflicht in maroden Klassenzimmern. Kurzum: Eine schwarz-grüne Koalition 2024 wird Jugendliche erneut hintenanstellen und ihnen ihr Wahlrecht absprechen. Das müssen wir verhindern! Schwarz-Grün müssen wir verhindern!

Der parlamentarische Weg ist der einzige Weg – das Wahlrecht ab 16 muss in den Koalitionsvertrag!

Um Jugendlichen den Zugang zur Wahlurne zu ermöglichen, sind theoretisch verschiedene Ansätze denkbar. Jedoch stellt man ziemlich schnell fest, dass es nur über den parlamentarischen Weg durch den Landtag möglich sein wird.

Eine denkbare Option wäre eine Verfassungsänderung. Hierfür müsste der Landtag zunächst einen Beschluss fassen. Da alle vom Landtag verabschiedeten Verfassungsänderungen durch eine obligatorische Volksabstimmung bestätigt werden müssen, würde im Anschluss ein entsprechendes Referendum erfolgen. Da ein solches Referendum mit hohen Kosten und einem Mindestquorum verbunden ist, ergibt dies nur parallel zu einer Landtagswahl Sinn. Da das aktuell jedoch schon allein aufgrund der notwendigen Beschlussfassung durch den Landtag scheitert, scheidet diese Option aus.

Ein Volksbegehren scheidet als Option ebenfalls aus. Denn auch hier gilt: Um ein Gesetz zur Änderung der Verfassung zu beschließen, braucht ein Volksentscheid einen vorherigen Beschluss zur Gesetzesänderung durch den Landtag. Solange Schwarz-Grün regiert, wird das nicht möglich sein. Demnach bleibt einzig der parlamentarische Weg übrig. Um diesen Weg zu gehen, muss die kommende Landesregierung das Thema zur Priorität erklären. Ansonsten wird es im politischen Tagesgeschehen untergehen. Wenn das allgemeine Wahlrecht ab 16 Jahren nicht explizit im nächsten Koalitionsvertrag steht, wird es nicht kommen!

Ein kommunales Wahlrecht wäre sogar ohne entsprechenden Volksentscheid möglich. Sprich: Mit der FDP in der nächsten Landesregierung werden Jugendliche ab 16 Jahren schon an der nächsten Kommunalwahl teilnehmen können. Das wäre bereits der erste riesige Schritt nach vorne.

Jugendliche wählen einfach die Falschen ;)

Zum Glück stehen wir mit unserem Anliegen nicht alleine da: Vereine wie „Mehr Demokratie e.V.“ und die Aktion #ichwillwählen des Landesjugendrings NRW zeigen, wie wichtig den Jugendlichen über Parteigrenzen hinweg das Thema Partizipation ist. Auch nach zwei Gesetzesentwürfen im Landtag zum Thema Wahlrecht ab 16 – erst auf Landesebene, dann auch kommunaler Ebene, habe ich noch nicht ein einziges plausibles Argument der Gegenseite hören können, das nicht durch die Sachverständigen in den Anhörungen eindrucksvoll entkräftet wurde. Man fragt sich gar, warum die CDU mit aller Vehemenz etwas ablehnt, was von den angehörten Experten mit riesiger Mehrheit positiv aufgefasst und als verfassungsgemäß eingeschätzt wurde.

Die traurige Wahrheit: Die CDU stellt sich dagegen, weil junge Menschen sie nicht wählen. Keine große Überraschung angesichts des Programms und der personellen Aufstellung. Man denke allein an die Minister Beuth und Lorz...

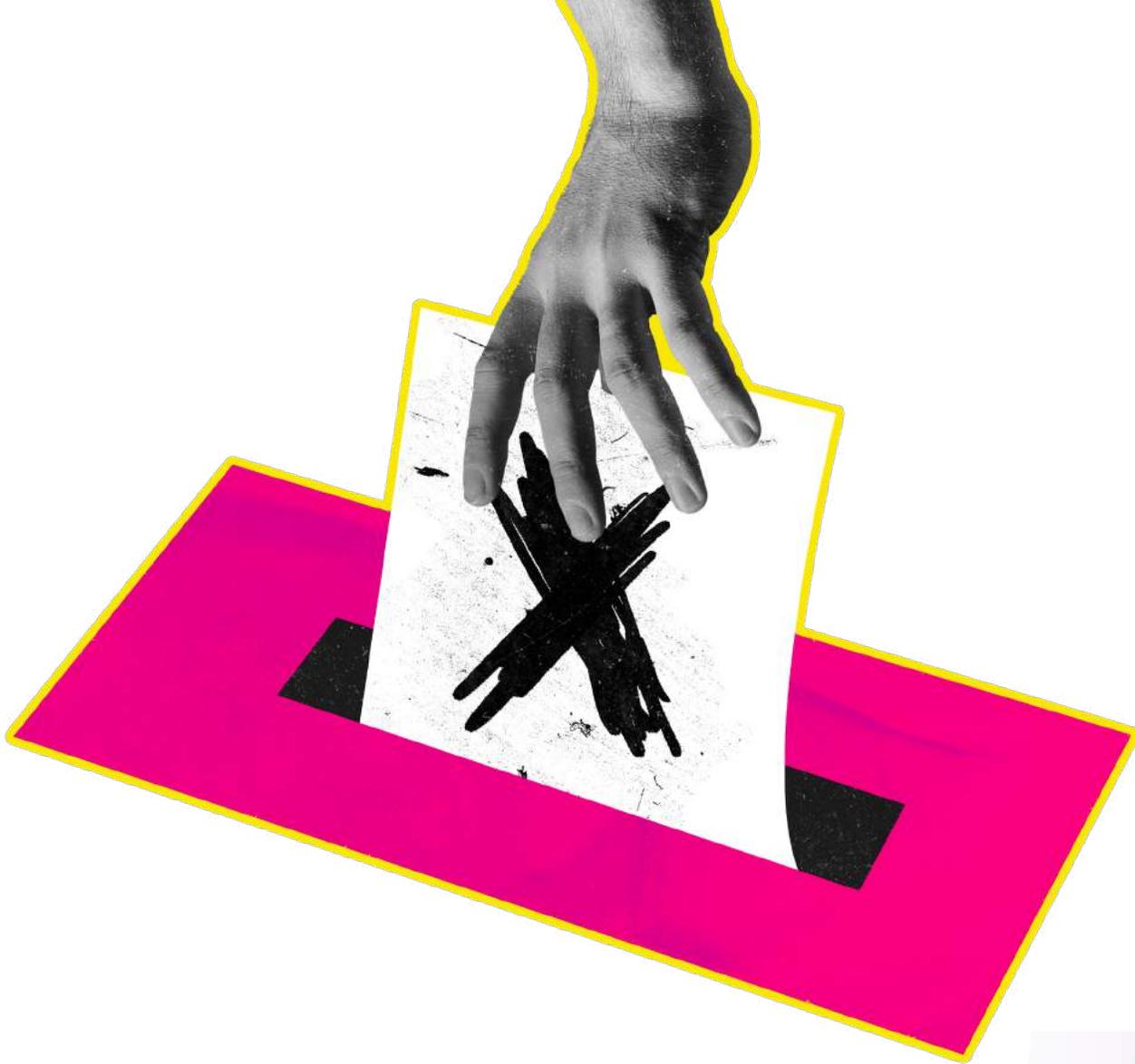
Roaring Hessen

Nicht nur beim Wahlrecht ab 16 Jahren, sondern auch bei anderen drängenden Fragen der Bildung, der Digitalisierung und des Klimaschutzes steht Hessen vor einer Richtungsentscheidung: Setzen wir den Stillstands-Kurs der schwarz-grünen Koalition fort und sinken in allen relevanten Rankings weiter ab, oder trauen wir uns, einen neuen Weg einzuschlagen und die Prioritäten richtig zu setzen?

Der Spirit des jüngsten Parteitages hat mir viel Mut gemacht, was alles in diesem Jahr möglich ist. Für die kommende Wahl stehen wir mit einem starken Team und klaren Vorstellungen bereit. Wir müssen den Spirit „Roaring Hessen“ um jeden Preis beibehalten, um auch Außenstehende in den kommenden Monaten von unseren liberalen Ideen zu überzeugen. Hessen verdient starke liberale Politik. Nur mit starken Freien Demokraten werden Jugendliche in unserem Land eine Stimme erhalten!

Auf einen erfolgreichen Wahlkampf und eine liberale Handschrift in der nächsten Landesregierung!

Eure Lisa



PS: Hier könnt ihr meine Arbeit auf den sozialen Medien verfolgen und einen näheren Einblick in meine Arbeit erhalten:



Lisa Deißler (29)

ist Landtagsabgeordnete der Freien Demokraten und Spitzenkandidatin der Jungen Liberalen Hessen für die Landtagswahl 2023.

Ihr erreicht sie unter

l.deissler@ltg.hessen.de



FÜR EINEN LIBERALISMUS AUF BREITER BASIS

Als ich mich damals entschied, bei den JuLis Mitglied zu werden, tat ich dies nicht einfach aus politischer Überzeugung, sondern weil meine Argumente immer mit offenen Ohren aufgenommen wurden; man suchte immer nur das beste Argument – eine Qualität, die ich bei anderen Jugendorganisationen bitterlich vermisste. Es gibt keine politische Jugendorganisation, die inhaltlich so divers ist wie die Jungen Liberalen. Wir haben über 1.500 Mitglieder mit über 3000 Meinungen, die sich für die liberale Sache einsetzen. Ein breites Meinungsspektrum bringt viele Diskussionen und sicherlich auch teils Probleme mit sich, aber es ermöglicht

jedem Mitglied, sich umfassend zu informieren und sich frei seine eigene Meinung zu bilden. Ganz gleich, mit wem man diskutiert, nahezu jede Person in unserem Verband vertritt Positionen, die einen immer wieder überraschen, weit weg vom klassischen JuLi-Klischee. Und auch nahezu all diese Positionen sind bei den Jungen Liberalen willkommen und werden respektvoll und sachorientiert diskutiert, solange sie nicht menschenverachtend, rassistisch, sexistisch, antisemitisch oder mit den Grundsätzen der Bundesrepublik unvereinbar sind.

Natürlich ist ein Verband kein stabiles Konstrukt, er entwickelt sich mit seinen Mitgliedern. Von meinem Beitritt zu den JuLis während die FDP noch in der außerparlamentarischen Opposition war über 4 Jahre Opposition im Bundestag sind wir nun seit über einem Jahr in der Bundesregierung angekommen – eine Entwicklung, die natürlich auch an den Jungen Liberalen nicht spurlos vorbeigegangen ist. Doch leider merkt man von diesem Erfolg nicht immer gleich viel, insbesondere die schwachen Umfragen und Landtagswahlergebnisse führen teils zu Resignation und einem verschärften Umgangston untereinander. Statt sich enger zusammenzustellen und gemeinsam für die liberale Sache zu kämpfen, suchen manche Personen den verbandsinternen Konflikt und die Spaltung. Die starken Ergebnisse hat man noch zusammen gefeiert, doch für die schwachen Umfragen will auf einmal keiner mehr verantwortlich sein. Ich liebe diesen Verband, und ich liebe seine Vielfalt, doch die Akzeptanz und Diversität werden leider nicht immer so gelebt, wie ich es mir wünschen würde. Eben diese Entwicklung ist es, die mich dazu bewegt hat, auf dem letzten Landeskongress als zweite Ombudsperson zu kandidieren.

Diversität und Akzeptanz lassen sich nicht erzwingen, man kann sie aber gezielt fördern und unterstützen. Also nochmal zurück zum oben erwähnten JuLi-Klischee – weiß, überwiegend männlich, studiert (meist BWL oder Jura) und kommt aus gutem Elternhaus, kurzum: privilegiert. In jedem Klischee steckt auch immer ein Fünkchen Wahrheit, und wir sollten hinterfragen, woher das kommt. Die JuLis stehen für Bildung, für gesellschaftlichen Aufstieg und die Chancengesellschaft. Woran also liegt es, dass wir nach wie vor in erster Linie Menschen erreichen, die vermeintlich schon „oben“ sind? Meine These ist, dass wir ein unfassbar breites Spektrum an Menschen erreichen, man auf Landeskongressen und bei JuLi-Stammtischen aber nur diejenigen sieht, die auch dabei bleiben. Genau das ist es also, woran wir arbeiten sollten – wir müssen interessierte Personen und Neumitglieder besser erreichen, einen niedrigschwelligen Eintritt ermöglichen und ihnen so unsere Begeisterung vermitteln, damit sie auch dabei bleiben. Dazu gehört die Verantwortung jedes einzelnen Mitgliedes – egal ob bei einer Veranstaltung der JuLis oder außerhalb, wir sind ein Aushängeschild für unseren Verband und sollten uns immer auch für das Bild,

das wir nach außen porträtieren, mitverantwortlich fühlen. Wer mich kennt, weiß, dass ich harte politische Debatten liebe und auch oft Meinungen verrete, die bei den JuLis eher unter die Mindermeinungen fallen. Gerade deshalb bin ich mir stets der Tatsache bewusst, dass insbesondere bei allen inhaltlichen Differenzen auf einen respektvollen Umgang und einen fairen Ton untereinander geachtet werden muss, denn wenn die Diskussion vorbei ist, sind wir am Ende des Tages alle eines: Kämpfer für die liberale Sache.



Jacob Wolf (23)

Jacob Wolf ist eine der zwei Ombudspersonen der Jungen Liberalen Hessen und Dein vertraulicher und neutraler Ansprechpartner für soziale und innerverbandliche Konflikte und anderweitige Beschwerden. Zu seinen Aufgaben zählt auch, die Einhaltung des Code of Conduct und der Beschlusslage durch den Landesvorstand laufend zu prüfen.

Du erreichst ihn jederzeit unter der **0151-23446947** und unter **jacob.wolf@julis.de**.





LANDTAGSBESUCH BEI LISA

25 JuLis durften unsere Landtagsabgeordnete Lisa im Dezember als ihre erste Besuchergruppe im Hessischen Landtag besuchen. Nach einer kleinen Präsentation über den Landtag und seine Rolle in der hessischen Landespolitik durften wir der Parlamentsdebatte lauschen - zum Thema Sozianticket. Danach beantwortete Lisa uns im Abgeordnetengespräch Fragen zu ihrer Arbeit im Landtag. Am Ende des Tages ging es auf den Wiesbadener Sternschnuppenmarkt, wo wir zu Glühwein und Bratwurst eingeladen wurden.

DANKE LISA!!



DREIKÖNIGSTREFFEN - "Krieg beenden, Panzer senden"

Vor dem alljährlichen Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart haben wir als Junge Liberale die Bundesregierung zu mehr Waffenlieferungen an die Ukraine aufgefordert, insbesondere zur Lieferung des Leopard 2. Zusammen mit der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses Marie-Agnes Strack-Zimmermann fordern wir mehr Unterstützung für den Freiheitskampf der Ukraine.

“Wer ein zeitnahes Ende dieses Krieges will, muss der Ukraine liefern, was sie braucht, um diesen Krieg zu gewinnen. Nur ein ukrainischer Sieg stellt die europäische Friedensordnung wieder her. Er liegt damit im zentralen Interesse unseres Landes. Der Bundeskanzler muss dieses Interesse Deutschlands endlich höher gewichten als die Befindlichkeiten seiner irrlichternden SPD-Genossen Ralf Stegner oder Rolf Mützenich.”, so Franzi.





LANDESPARTEITAG

Die Freien Demokraten gehen mit Stefan Naas in die Landtagswahl. Und wir Jungen Liberalen mit Lisa Deißler auf Platz 9 der Landesliste. Das hat der Landesparteitag der Freien Demokraten Hessen am 03. Dezember letzten Jahres entschieden.

Aber erstmal auf Anfang: Wer am Morgen des 03. Dezembers die Treppe zum Saal der Stadthalle Wetzlar hinauf lief, wurde von einem Baum begrüßt. Genauer gesagt, einem Kabelbaum, der inmitten von iPads stand. Bildung, Digitalisierung und Fortschritt in Hessens Bildungsstätten forderten wir JuLis mit dieser Aktion in Bezug auf den JuLi-Antrag, der zum Parteitag eingereicht wurde.

Dieser Antrag enthielt Forderungen nach digitalem schulübergreifendem Unterricht, sodass Schülerinnen und Schülern die größtmögliche Wahlfreiheit ihrer Fächer ermöglicht werden kann und nicht länger an die Grenzen ihrer eigenen Schule gebunden sind. Außerdem forderte der Antrag die freie Wahl der Leistungskurse in der hessischen gymnasialen Oberstufe. Der Antrag erreichte Platz 1 im Alex-Müller-Verfahren, das übrigens auf dem FDP-Parteitag, anders als bei den JuLis, nicht digital, sondern am Morgen des Parteitags mit Stift und Papier durchgeführt wird. Trotzdem hat der Antrag es nicht in die Beratung geschafft, denn nach der Wahl der Landesliste und der Beratung des Leittrags, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde, waren

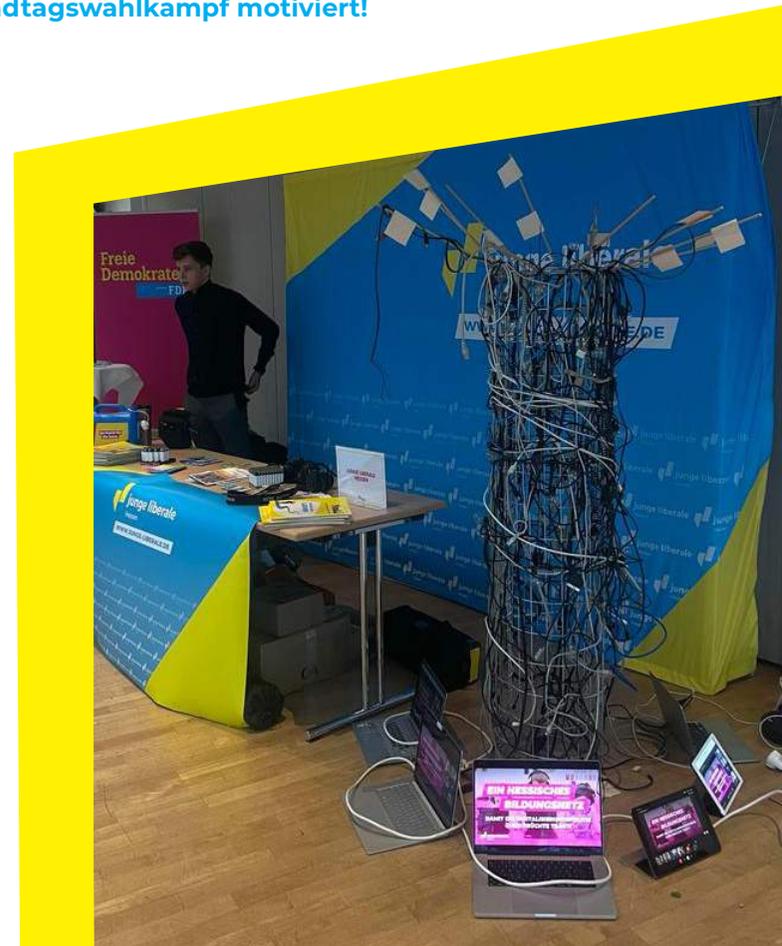
bereits über acht Stunden Parteitag vergangen.

Die Wahl der Landesliste nahm dabei mit Abstand den größten Teil ein. Stefan Naas wurde mit breiter Mehrheit zum Spitzenkandidaten zur Landtagswahl gewählt und präsentierte in seiner Vorstellung eine breite Mehrheit der Themen, die Hessen zur Wahl beschäftigen, von Wirtschaft über Infrastruktur, Digitalisierung bis zu Bildung aus liberaler Perspektive.

Lisa Deißler setzte sich mit der großen Mehrheit von über 80 % trotz eines Gegenkandidaten auf Platz 9 durch. So steht die JuLi-Spitzenkandidatin unter den Top Ten der Liste! In ihrer Rede machte sie deutlich, wie viel das Aufstiegsversprechen für Liberale bedeutet und dass Aufstieg durch beste Bildung ermöglicht werden muss. Denn jede und jeder sollte alles werden können, was er oder sie möchte!

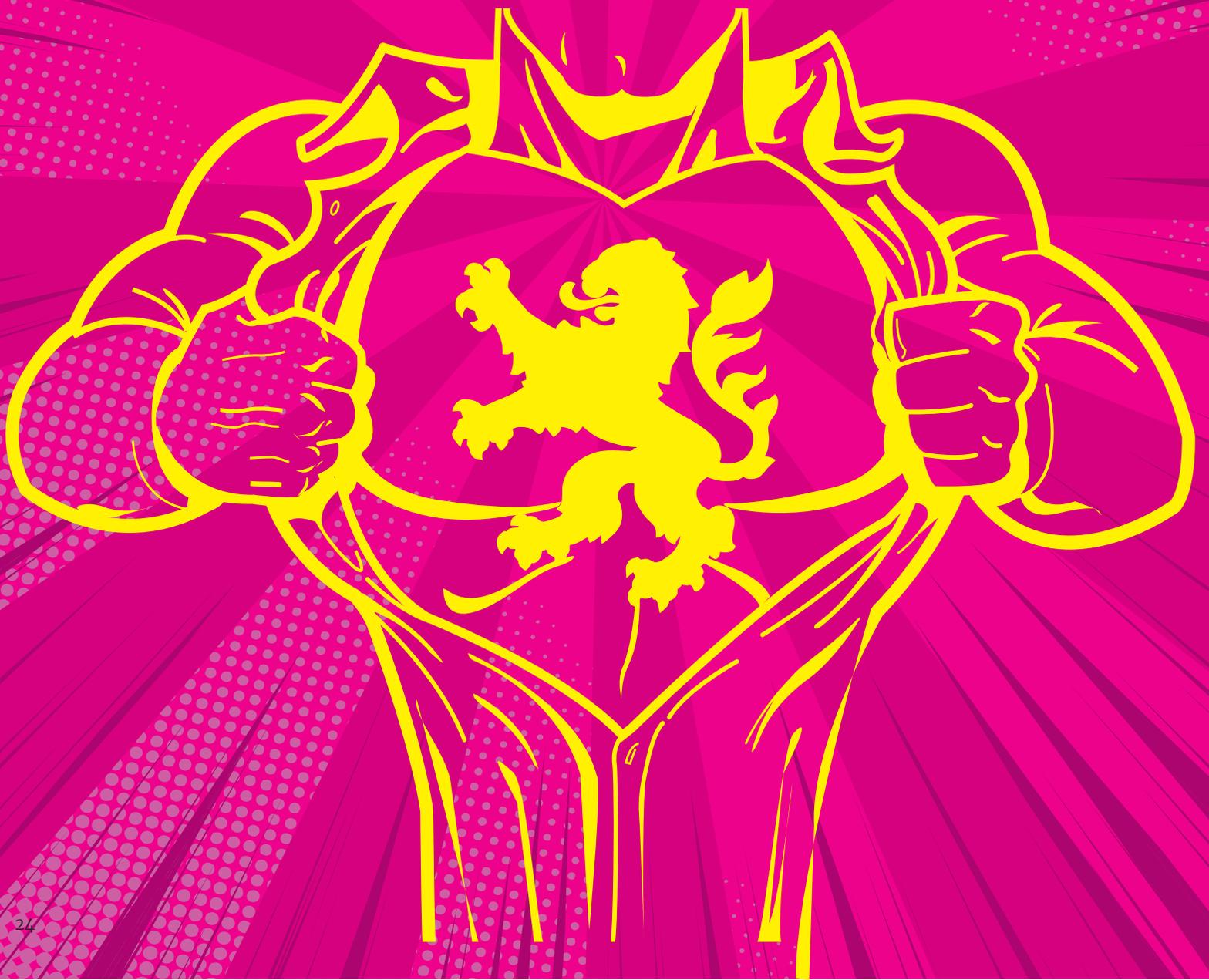
Mit Bastian Belz und Marius Schäfer sind die JuLis mit zwei weiteren Kandidaten unter den ersten 20 Plätzen vertreten und auch die restliche Liste ist von starken Jungen Liberalen Kandidatinnen und Kandidaten durchgezogen.

Das Fazit: Ein erfolgreicher Landesparteitag, der für den Landtagswahlkampf motiviert!



UNSERE LOKALHELDEN

VOR ORT IN MITTELHESSEN





LEOPOLD BACH

Leopold Bach (34) ist verheiratet und hat vier Kinder. Er ist Jurist und Bürgermeister der Gemeinde Feldatal. Ihr erreicht ihn unter buergermeister@feldatal.de

Funktion in der Kommunalpolitik: Stellv. Fraktionsvorsitzender der FDP-Rathausfraktion in Wiesbaden

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du konfrontiert siehst?

Seit April 2018 bin ich Bürgermeister der Gemeinde Feldatal. Marode Straßen, Sanierungsstau bei kommunalen Liegenschaften, Energiekostenexplosion, Klimawandel, Digitalisierung der Verwaltung und vieles Mehr. Ich liebe meinen Job, denn er ist sehr abwechslungsreich und bringt jeden Tag neue Abenteuer mit sich.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Die Kommunen werden mit immer umfassenderen Herausforderungen konfrontiert. Mein Motto lautet: „Machen statt meckern!“. Es ist schön sich aktiv einzubringen und die Kommune von morgen zu gestalten.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Zum einen ist es mir gelungen eine neue Streitkultur zu etablieren und das Interesse der Bevölkerung und insbesondere auch der jüngeren Generation für die Kommunalpolitik vor Ort zu gewinnen. Dies gelingt in meinen Augen nur, wenn man transparent arbeitet und viel kommuniziert. Das kostet mitunter viel Kraft und Nerven, aber die Ergebnisse sprechen für sich. In den zurückliegenden Jahren ist es mir gelungen, die Finanzsituation der Kommune deutlich zu optimieren, Steuern zu senken, Gebühren zu reduzieren und trotzdem in die vorhandene Infrastruktur zu investieren. Besonders stolz bin ich auf unser Solarfreibad, welches ich aus dem Dornröschenschlaf geweckt und für Familien attraktiver gestalten konnte. Mittlerweile wird unser Sonnenbad Kestrich über die Gemeindegrenzen hinweg in Anspruch genommen und Jahr für Jahr kommen mehr Gäste zu uns.



LOUISA SCHOLZ

Louisa Scholz (19) studiert im ersten Semester Rechtswissenschaften an der Philipps-Universität Marburg und ist Beisitzerin im Landesvorstand der JuLis Hessen. Ihr erreicht sie unter louisa.scholz@julis.de

MARBURG-BIEDENKOPF

Funktion in der Kommunalpolitik: Mitglied des Kreistages Marburg-Biedenkopf

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region mit denen du dich konfrontiert siehst?

Marburg-Biedenkopf ist eine Region, die sowohl städtisch als auch ländlich geprägt ist. Hierbei ein gutes Zusammenspiel aus unterschiedlichen Interessen zu finden ist gleichzeitig Herausforderung und Chance. In den letzten beiden Jahren haben Diskussionen um Themen wie die A4,9 und das UKGM die Kommunalen Debatten geprägt.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Ich bin überzeugt davon, dass Kommunalpolitik und kommunalpolitische Mandatsträger nach Möglichkeit alle Menschen vor Ort vertreten sollte. Das gilt auch für kommunale Parlamente. Denn Kommunalpolitik betrifft uns in vielen Punkten ganz direkt und sichtbar: Das ist eine große Chance!

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Auf der nächsten Sitzung des Kreistags steht ein Antrag von mir zum Thema Vorbeugung von Lebensmittelverschwendung auf der TO, außerdem werden wir uns auch mit dem Stand der Umsetzung des Online Zugangsgesetzes beschäftigen. Ein Dauerbrenner im Kreistag ist auch die Debatte um die Einführung eines Livestreams von Kreistagssitzungen. Für mich ist hierbei ganz klar: Um bürgernahe Kommunalpolitik zu gestalten, sollte ein Livestream von Sitzungen (die Freitags vormittags stattfinden!) eine Selbstverständlichkeit sein!



NIKLAS HANNOTT

Niklas Hannott (27) arbeitet als Lehrer an einem Gymnasium und ist ehemaliger Landesvorsitzender der JuLis Hessen. Ihr erreicht ihn unter hannott@julis.de

Funktion in der Kommunalpolitik: Mitglied im Ortsbeirat in Marburg

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Marburg ist nicht erst seit der Impfstoffproduktion von Biontech ein wichtiger Standort für die Pharmaindustrie, schafft es aber nicht, den Anforderungen einer modernen Standortpolitik gerecht zu werden. Insbesondere die Verkehrsinfrastruktur ist marode, notwendige Investitionen in Schulen und KiTas bleiben aus und generationengerechte Haushaltspolitik ist ein Fremdwort. Statt dem großen Wurf, bleibt es bei symbolischen Maßnahmen.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Vor Ort hast du die Möglichkeit wirklich etwas zu bewegen und Erfolge, egal wie klein oder groß sie sein mögen, zu feiern. Daran mitzuwirken, das Leben in der eigenen Stadt oder Region positiv zu beeinflussen, ist ein großer Antrieb.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Aktuell diskutieren wir im Ortsbeirat intensiv darüber, wie wir Mobilität erleichtern und unterschiedliche Verkehrsmittel attraktiver machen können. Gerade die häufigere Taktung der Buslinien durch das Südviertel stellt einen großen Erfolg dar, ebenso die Erweiterung des Leihradsystems und perspektivisch auch ein Free-Floating-System für Leihräder.



VANESSA RÜCKER

Vanessa (29) arbeitet in der Ultraschallbranche. Sie interessiert sich für Kunst, Naturwissenschaften, und die schönen Dinge des Lebens. Ihr politisches Lieblingsthema ist die liberale Steuerpolitik, aber ebenso ist ihr die Kommunalpolitik mittlerweile ans Herz gewachsen.

Funktion in der Kommunalpolitik: Kreistagsabgeordnete im Kreistag Gießen, Ausschussmitglied für Schule, Bauen, Planung und Sport

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Als besonders spannend empfinde ich die Unterschiede zwischen der Stadt Gießen und den Kreisregionen.

Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Die Auseinandersetzung mit Politik in einem Parlament fordert meine politischen Positionen außerhalb der parteipolitischen bubble heraus. Es ist immer wieder interessant, die eigenen Ansichten im Spannungsfeld der Realpolitik umzusetzen.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Als Zuständige für den Bereich Kultur durfte ich mich erfolgreich für unsere Fraktion für den Erhalt eines Kulturdenkmals an der Außenfassade einer Schule einsetzen.

GIESSEN



DOMINIK ERB

Dominik ist Jurist und Stadtverbands- und Fraktionsvorsitzender der Freien Demokraten in Gießen. Er ist zudem Landtagskandidat. Ihr erreicht ihn unter mail@dominik-erb.de.

Funktion in der Kommunalpolitik: Fraktionsvorsitzender der FDP in der Gießener Stadtverordnetenversammlung, Mitglied im Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts-, Digitalisierung- und Europaausschuss sowie im Ausschuss für Schule, Bildung, Demokratieförderung, Kultur und Sport, Mitglied in der Betriebskommission der Mittelhessischen Wasserbetriebe (MWB), Aufsichtsratsmitglied der Stadthallen GmbH sowie Mitglied des Forensikbeirats der Vitos Klinik

Welche Herausforderungen gibt es in deiner Region/Stadt, mit denen du dich konfrontiert siehst?

Die Herausforderungen in Gießen sind vielfältig und werden durch die grün-rot-rote Stadtregierung noch verschärft: Der Schuldenberg wächst, Mittel werden für ideologische Projekte und einen immer größeren Personalbestand im Rathaus gebunden, Entlastungen werden verweigert und mit einer ideologiegetriebenen Verkehrspolitik wird die Einkaufsstadt und der Wirtschaftsstandort Gießen aufs Spiel gesetzt. Die Liste könnte man mit dem Zustand der Schulen und Sporthallen, der miserablen Bau(finanzierungs)planung, dem Wegfall von Ausgehmöglichkeiten und vielem mehr fortsetzen, was den Rahmen hier eindeutig sprengen würde. Um es kurz zu fassen: Es gibt viel für die nächste Stadtregierung unter FDP-Beteiligung zu tun..

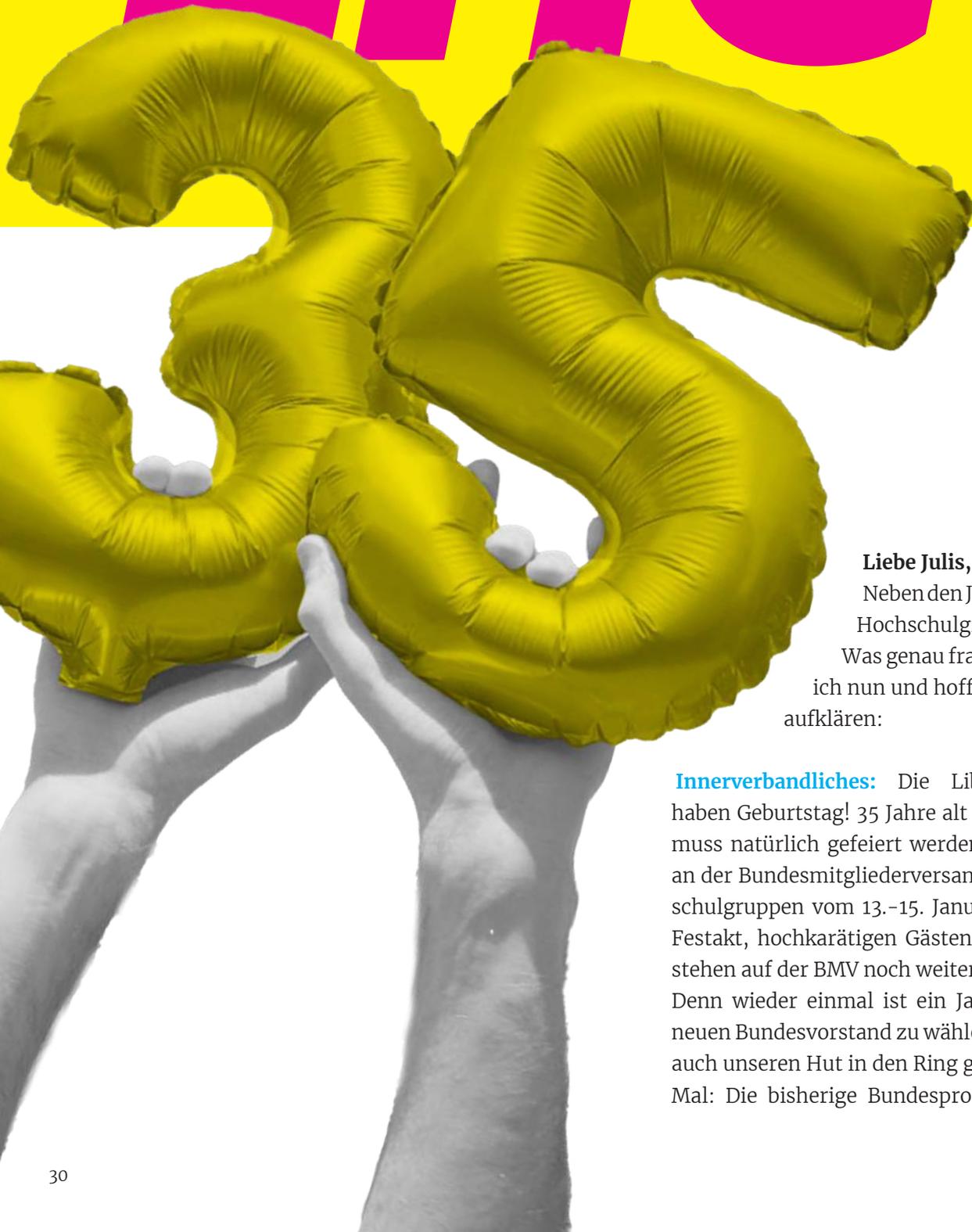
Was ist deine Motivation Mandatsträger zu sein?

Es ist ein viel besseres Gefühl, seine Ideen ins Stadtparlament zu bringen, gehört zu werden und auf Veränderungen hin arbeiten zu können statt nur zu meckern.

Wofür setzt du dich explizit in deiner Region ein/ oder hast ggf. schon erreicht?

Ich möchte dazu beitragen, dass Gießen endlich sein Potenzial hebt: Wir sind die Stadt mit der höchsten Studentendichte Deutschlands, eine junge Stadt mit unfassbar viel Know-How in den Hochschulen und der Universität. Allerdings verlassen zu viele unsere Stadt nach ihrem Studium wieder. Ich möchte darauf hinarbeiten, dass Gießen nicht nur eine Zwischenstation, sondern auch Wahlheimat für noch mehr Menschen wird. Das kann gelingen, indem die Prioritäten hin auf eine florierende Innenstadt, eine starke Wirtschaft, Investitionen in die Infrastruktur, beste Schulen, eine digitalisierte Stadtverwaltung und eine pulsierende Sport- und Kulturszene gelegt werden und die grüne Ideologie, die glaubt mit dem Wegfall einer Fahrspur das Weltklima zu retten, endlich beendet wird.

NEUES AUS DER LHG



Liebe Julis,

Neben den Julis ist auch bei den Liberalen Hochschulgruppen viel in Bewegung. Was genau fragst du dich? Darüber möchte ich nun und hoffentlich weiterhin in Zukunft aufklären:

Innerverbandliches: Die Liberalen Hochschulgruppen haben Geburtstag! 35 Jahre alt wird unser Verband und das muss natürlich gefeiert werden. Und genau das haben wir an der Bundesmitgliederversammlung der Liberalen Hochschulgruppen vom 13.-15. Januar 2023 vor. Neben großem Festakt, hochkarätigen Gästen und großen Feierlichkeiten stehen auf der BMV noch weitere Dinge auf dem Programm. Denn wieder einmal ist ein Jahr vorbei und es gilt einen neuen Bundesvorstand zu wählen. Hierbei haben wir Hessen auch unseren Hut in den Ring geworfen und das gleich zwei Mal: Die bisherige Bundesprogrammatikerin Anna-Marie

Hommen wird sich der Wiederwahl stellen und unser Calvin Löw wird in eine Kandidatur um den International Officer gehen. Nachdem sich beide in den Kandidatenhearings wacker geschlagen haben, sind wir zuversichtlich, ein starkes Votum für beide einfahren zu können. Damit wäre Hessen so stark wie noch nie im Bundesverband vertreten. Darüber hinaus wird auch in Hessen Ende Februar eine Landesmitgliederversammlung anstehen, in der ein neuer Landesvorstand gewählt wird.

Außerverbandliches: Seit Oktober läuft bei fast allen Hochschulen die Amtszeit des Studentenparlaments und des AstAs. Nachdem wir im Sommer hervorragende Ergebnisse hessenweit erzielen und gestärkt in die Parlamente einziehen konnten, heißt es für die Ortsgruppen, ihre Arbeit aufzunehmen. Und es gibt viel zu tun: Sei es die Frankfurter LHG, die ihren rechtmäßigen Präsidiums-Platz aberkannt bekommt, sei es die LHG Kassel, deren StuPa sich als militant Linksextremistisch betitelt, oder die LHG Gießen, wo der AstA ehemalige Arbeitgeber versucht zu erpressen. In ganz Hessen zeigt sich: Es braucht eine starke LHG die Verschwendungsorgien, ideologischem Gefasel und Finanzierung von Linksextremisten zuvor kommt.

Es braucht eine LHG, die die mit Hochdruck verschleierte Finanzströme aufdeckt, nachvollzieht und der Öffentlichkeit kundtut. Die Erfahrungen zeigen: Wir können uns nicht auf die Sozialisten der Jusos und UniGrün verlassen und auch nicht auf den RCDS, der den politischen Wettstreit aufgegeben zu haben scheint. Es zeigt: Unser Erfolg wird nur aus unseren eigenen Bestrebungen entspringen und es zeigt noch vielmehr, dass die letzten ehrlichen Verteidiger demokratischer Prinzipien und Kultur die Liberalen Hochschulgruppen sind. Außerdem gab es Vorfälle in Marburg und Frankfurt, welche es entgegen der gewöhnlichen LHG Arbeit auch in die Medien geschafft haben. Ich rede natürlich von den Hörsaalbesetzungen durch verschiedene Klima Aktivistische Gruppen. Hier haben wir uns als LHG stark positionieren können, haben Druck auf die Präsidien gemacht und die Geschehnisse medial aufbereiten. So wurde die Besetzung in Frankfurt zu einem Liberalen Promo-Event, nicht zuletzt wegen des Besuches unseres Spitzenkandidaten Stefan Naas.

Wie ihr seht liebe Julis, ist bei uns auch sehr viel in Bewegung und wir fassen da an, wo Arbeit vor uns liegt. Jede weitere helfende Hand ist dabei nur zu begrüßen, also meldet euch bei den Ortsgruppen bei euch vor Ort oder bei mir sollte es an eurer Hochschule keine LHG geben, denn in diesem Fall gründen wir gemeinsam einfach eine neue Ortsgruppe.

Bei Fragen zur LHG meldet euch gerne!

Mit allzeit liberalem Gruß

J.-L. Gescher

Landesvorsitzender der LHG Hessen



BERICHT AUS DEM BUNDESVORSTAND



Female Future? Auch bei den Jungen Liberalen!

Im November letzten Jahres fand das erste Female Future Forum der Jungen Liberalen statt. In Berlin kamen junge Frauen aus ganz Deutschland zusammen, um über die Zukunft von Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zu debattieren. Input gab es hier nicht nur durch spannende Vorträge, sondern auch durch ein Treffen mit jungen Abgeordneten im Deutschen Bundestag oder einem Besuch der Ausstellung „Woman, Life, Freedom“. Mit dem neuen Format wollen wir eine Plattform für Vernetzung, Austausch und Empowerment bei den Jungen Liberalen bieten. Sei gespannt auf das nächste Female Future Forum!

Politik braucht Praxis

Das neue Jahr startete direkt mit einer neuen Veranstaltung der JuLis – dem Praxisseminar! Rund um das traditionelle Dreikönigstreffen der FDP kamen über einhundert Jungliberale in Stuttgart zusammen, um das politische Handwerk besser zu verstehen. Auf dem Dreikönigstreffen haben die Jungen Liberalen eine Aktion unter dem Motto „Krieg beenden – Panzer senden“ durchgeführt, um für Waffenlieferungen an die Ukraine zu kämpfen. Wenn du dieses Jahr nicht am Praxisseminar teilnehmen konntest, freue dich auf das nächste Jahr. Das Praxisseminar soll nun wieder jährlich stattfinden.

Der 66. Bundeskongress in Halle an der Saale

Wenn du Bock auf JuLi-Action hast, dann hol schonmal den Kalender raus.

Vom 24.-26. März 2023 findet der 66. Bundeskongress in Halle an der Saale statt. Hier kannst du dich inhaltlich in den Debatten austoben und deine Meinung zur Bundespolitik vertreten. Wir freuen uns auf Dich!

Eure Maxima



Bei Fragen und Anregungen rund um die Arbeit des Bundesvorstands, stehe ich Dir sehr gerne zur Verfügung.

Melde Dich einfach unter:
maximatrabert@julis.de



Auf einen Kaffee mit ...

René Rock

In dieser Ausgabe beschäftigen wir uns mit den Themen der Energiepolitik. Wir diskutieren über das Thema „Fracking“, erörtern die aktuellen Bestrebungen für eine bessere, klimafreundlichere Energiepolitik und ordnen den aktuellen Zustand ein.

Doch wie sehen diese Unterhaltungen auf landespolitischer Ebene aus? Woran wird in Wiesbaden gearbeitet, um uns im Hinblick auf eine bezahlbare, klimafreundlichere Energiepolitik zuversichtlicher zu stimmen?

Das und mehr konnte unsere Redakteurin Sarah jemanden fragen, der sich mit diesen Themen auskennt. Er ist nicht nur FDP-Fraktionsvorsitzender im Hessischen Landtag, sondern zudem auch Sprecher für Energiepolitik und Vorsitzender der Arbeitsgruppe Energie der FDP-Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Grund genug also, René Rock in Wiesbaden zu besuchen und ihm ein paar Fragen zu stellen.

Sarah: Herr Rock, warum sind Sie in die FDP eingetreten?

René: Freiheit und liberal zu sein waren schon immer wichtige Themen für mich. Meine Mutter ist in den Niederlanden aufgewachsen, wo es eine lange liberale Tradition gibt. Ich habe mich 1990 für die FDP entschieden, also in einer Zeit, in der Hans-Dietrich Genscher zum Architekten der Wiedervereinigung wurde. Das waren die ausschlaggebenden Punkte für mich, bei den Freien Demokraten mitzumachen.

Sarah: Sie sind unter anderem energiepolitischer Sprecher der FDP im Landtag. Was bedeutet das? Was machen Sie als solcher?

René: Ich bemühe mich sehr, auch bundespolitisch ein paar Akzente zu setzen. Aber auf Landesebene ist natür-

lich das Thema Energieversorgung ganz wichtig. Wie wird die aussehen? Wie kann Energie in Hessen bezahlbar bleiben? Da spielen Gaskraftwerke natürlich auch eine große Rolle. Auf bundespolitischer Ebene bringe ich mich über die Fraktionsvorsitzendenkonferenz ein, in der ich Sprecher für Energie bin. Ich habe auch den Koalitionsvertrag der Ampel im Bereich Energie mitverhandelt. Aktuell habe ich auch ein bisschen Sorge, ob wir die richtige Energiepolitik machen, weshalb ich auch umso mehr versuche, mich direkt in Berlin einzubringen.

Sarah: Für das neue Jahr fassen viele Leute Vorsätze. Was sie erreichen wollen, was sie verändern wollen, was sie gegebenenfalls vielleicht auch beibehalten möchten. Was wünschen Sie sich fürs neue Jahr? Worauf möchten Sie am Ende des Jahres 2023 zurückblicken?

René: Persönlich habe ich mir vorgenommen, mehr Sport zu machen und vielleicht auch abzunehmen. Das ist aber jedes Jahr das Gleiche nach Weihnachten. Politisch möchte ich mich mit voller Kraft im Landtagswahlkampf einbringen. Ich hätte gerne, dass sich nach neun Jahren Schwarz-Grün in Hessen endlich etwas verändert. Ein Bundesland, dessen Regierung nach so vielen Jahren nichts Neues vorzuweisen hat, braucht endlich Reformen. Zum Beispiel bei der Digitalisierung, aber auch bei der Bildung und der Wirtschaft brauchen wir Fortschritte. Dafür werde ich mich mit all meiner Energie einsetzen.

Sarah: In unserer aktuellen Ausgabe diskutieren wir die Pros und Contras von Fracking. Wie stehen Sie zu diesem Thema?

René: Ich sage ganz klar: Fracking ist etwas, das wir auch in Deutschland machen können und auch müssen, wenn wir uns unabhängig von Gaslieferungen aus autoritären Staaten machen wollen. Aus meiner Sicht ist Fracking umwelt-

verträglich in Deutschland möglich. Natürlich gibt es auch andere Bereiche, in denen wir etwas tun können. Wir können die Atomkraftwerke länger laufen lassen, wir können auf „Carbon Capture and Storage“ setzen, also Kohlendioxid abscheiden und speichern. Aber Fracking gehört definitiv in der Zukunft auch in Deutschland dazu.

Sarah: Aktuell ein immer wichtiger werdendes Thema ist der richtige Umgang mit Klimaaktivisten. Gerade die umgangssprachlich als „Klima-Kleber“ bezeichneten Aktivisten rücken bei dieser Diskussion immer mehr in den Vordergrund. Wie halten Sie es mit dieser Art des Protests?

René: Eine Gesellschaft muss schon etwas an Protest aushalten können. Ich finde, dieser Protest der „Klima-Kleber“ ist dann nicht mehr zu akzeptieren, wenn er das Leben von Mitbürgerinnen und Mitbürgern gefährdet, oder wenn die Aktivisten eine Grenze überschreiten, weil sie kilometerlange Staus verursachen oder Rettungskräfte auf dem Weg zum Einsatz gefährden. Dann muss man die Gefährdenden zur Verantwortung ziehen, und der Rechtsstaat muss eine Strafe verhängen.

Sarah: Gerade mit dem Blick in die Zukunft ist das Thema Energiepolitik wahrscheinlich eines der wichtigsten Themen für junge Leute, weil diese mit den möglicherweise irreparablen Folgen der heutigen Entscheidungen leben müssen. Wie sehen Sie das?

René: Energie ist die Basis für unseren Wohlstand. Wir wollen, dass unsere Kinder und junge Menschen in Zukunft auch noch in Wohlstand leben. Dafür brauchen wir eine vernünftige Energiepolitik, die sich an den Realitäten orientiert, an dem, was umsetzbar ist. Das bedeutet dann auch, dass wir jetzt Übergangsweise Gas einsetzen müssen und dieses dann sukzessive durch Wasserstoff ersetzen können. Was wir jetzt angehen müssen, ist, dass die alten Braunkohlekraftwerke nicht mehr ans Netz gehen. Um das im Sinne des Klimaschutzes zu verhindern, kann man Atomkraftwerke länger laufen lassen.

Ansonsten muss die Klimapolitik rational, marktwirtschaftlich und wissenschaftlich betrieben werden. Da spielt die Forschung eine große Rolle. Ich bin beispielsweise auch ein Fan der Kernfusion und hoffe, dass Hessen ein Standort für Forschungsreaktoren in der Kernfusion werden kann. Das sind alles sehr wichtige Zukunftsthemen.

Sarah: Wir alle können, wenn auch nur im Kleinen, unseren Beitrag zu einer besseren Zukunft leisten. Wie sieht das bei Ihnen persönlich aus?

René: Wir sind alle gefordert, uns zum Beispiel Geräte anzuschaffen, die weniger Energie verbrauchen. Aber mit Einsparmaßnahmen allein werden wir das Problem nicht in den Griff bekommen. Dass wir signifikant Energie sparen, haben wir bislang, außer in Wirtschaftskrisen und in der Pandemie, noch nie erlebt. Allein die Rechenzentren, deren Zahl aufgrund immer neuer Anwendungen im Internet weiter steigen wird, fordern schon viel Energie. Zentral ist also, wie die Energie erzeugt wird und wo sie herkommt. Es wird entscheidend sein, wie wir klimafreundliche Energie erzeugen.

Sarah: Nun sind wir auch schon am Ende unseres Interviews angekommen. Dieses möchte ich aber nicht beenden, ohne Ihnen die Möglichkeit zu geben, ein paar Worte an unsere Leserinnen und Leser zu richten.

René: Ich bin davon überzeugt, dass wir, gerade hier in Hessen, ein wichtiges Jahr vor uns haben. Wir müssen uns alle als Liberale einsetzen, damit Hessen ein Land des Fortschritts wird, das mehr aus seinen Möglichkeiten macht. Das bedeutet vor allem, diese schwarz-grüne Regierung des Stillstandes abzulösen. Und dazu gehört es, dass wir uns alle engagiert in diesem Wahlkampf einbringen für eine moderne, weltoffene, aufstiegsorientierte, leistungsbereite Gesellschaft.

Vielen Dank für das Interview!

Foto: Fraktion der Freien Demokraten
im Hessischen Landtag



WIR BEDANKEN UNS HERZLICH BEI FOLGENDEN FÖRDERMITGLIEDERN FÜR DIE UNTERSTÜTZUNG UNSERER ARBEIT:

Oliver Stirböck, Hans-Joachim Otto, Dr. Frank Blechschmidt, Leif Blum, Dieter Kellermann, Heinrich Heidel, Frank Sümman, Jürgen Lenders, Wolfgang Greilich, Peter Engemann, Andrea Kaup, Axel Vogt, Florian Rentsch, Bettina Stark-Watzinger, Anette Greilich, Björn Sänger, Stefan Ruppert, Hans-Jürgen Hielscher, Anne Linke-Diefenbach, Stefan Müller, Roland Hoffmann, Jochen Kilp, Manfred Lister, Nicola Beer, Wilderich Heising, Dr. Lasse Becker, Matthias Nölke, Alexander Müller, Till Mansmann, Wiebke Knell, Bernhard Kammer, Milena Scinardo, Jens Jacobi, Dieter Schütz, Moritz Promny, Christian Diers, Kirill Steinert, Robert Dübbers, Haceli Bozdemir, Jochen Rube, Peter Heidt, Katja Adler, Mario Döweling

IMPRESSUM:

**JUNGE LIBERALE HESSEN
MORITZSTRASSE 56
65185 WIESBADEN**

INFO@JUNGE-LIBERALE

Landesvorsitzender: Jorias Bach
Redaktion: Finn Kühberger, Ajeet Ahmad, Sarah Funcke, Flavio Riili
V.i.S.d.P.: Viola Gebek

Alle Rechte vorbehalten. Namentlich gekennzeichnete Artikel sind Beiträge des jeweils genannten Autors und spiegeln nicht in jedem Fall die Meinung der Jungen Liberalen Hessen wider.

**WIE HAT DIR DIESE AUSGABE DES YOULI
GEFALLEN? SAG MIR GERNE DEINE MEINUNG!
HIER GEHT ES ZUR KURZEN UMFRAGE:**

